

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Wahlprogramme im DIHK-Check: Bildung – Investition in Zukunft und Wohlstand

Bildung sorgt für gute Zukunftschancen eines jeden Einzelnen und sichert den Wohlstand unserer Gesellschaft. Das haben die Parteien erkannt und fordern mehr Investitionen in Bildung. Vor allem an den Schulen soll der jahrelange Sanierungsstau aufgelöst und die Ganztagsbetreuung verbessert werden. Eine Hürde ist allerdings, dass der Bund in der Bildung nur beschränkte Mitsprachemöglichkeiten besitzt. Die Bildungsrepublik Deutschland ist von einheitlichen Standards weit entfernt.

Kooperation von Bund und Ländern verbessern

■ SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke fordern eine Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern; die FDP steht für eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus. CDU/CSU betonen, dass Schulbildung Ländersache sei und bleiben werde, bestreiten aber nicht die gesamtstaatliche Verantwortung. Auch der DIHK ist der Ansicht, dass Bund und Länder bei der Gestaltung der Bildung an den Schulen mehr und dauerhaft kooperieren sollten. Unternehmen, junge Menschen und deren Eltern brauchen verlässliche Standards. Das Abitur in Bremen, Berlin und Bayern muss vergleichbar sein.

Berufliche Bildung stärken, ...

■ CDU/CSU, FDP und SPD wollen die Berufliche Bildung deutlich stärken. FDP und CDU/CSU haben dabei richtigerweise die Höhere Berufsbildung zum Meister oder Fachwirt besonders im Blick. Nach Ansicht des DIHK müssen vor allem die Gymnasien die vielfältigen Chancen einer Beruflichen Bildung besser herausstellen. Laut der Agenda von SPD, Linken und CDU/CSU sollen die Berufsschulen modernisiert und besser ausgestattet werden. Auch der DIHK ist überzeugt: Die duale Ausbildung kann nur dann stark sein, wenn beide Partner, Betrieb und Schule, stark sind. Bund und Länder sollten daher die Berufsschulen mit einer modernen digitalen Infrastruktur ausstatten und für ausreichend Nachwuchs an Berufsschullehrern, vor allem in den technischen Fächern, sorgen.

... nicht schwächen

■ In den Programmen finden sich aber auch unrealistische oder gar kontraproduktive Forderungen wie die nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung (Die Linke) oder einer Mindestausbildungsvergütung (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linke). Letztere könnte vor allem kleinere Unternehmen dazu drängen, ihr Ausbildungsengagement aufzugeben und auf Fachkräfte staatlich finanzierter Ausbildungen zurückzugreifen. Denn hier gelten die tariflichen Ausbildungsvergütungen nicht, sondern liegen erheblich niedriger. Auch eine voraussetzungslose „Ausbildungsgarantie“ (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linke) ist nicht zielführend. Der Wunschberuf darf nicht das maßgebliche Kriterium sein, denn gerade die Orientierung der Angebote am Bedarf der Betriebe ist der Grund für gute Besetzungsperspektiven in der Ausbildung. Der DIHK steht zur Garantie der Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung: Wer im Herbst noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, erhält drei Ausbildungsangebote. Außerdem stehen zahlreiche unterstützende Instrumente für Leistungsschwächere zur Verfügung, etwa die assistierte Ausbildung oder ausbildungsbegleitende Hilfen.

Weiterbildung fördern

■ Der DIHK stimmt mit den Parteien in der Auffassung überein, dass berufliche Weiterbildung weiter gestärkt werden muss. Ein Rechtsanspruch, wie von SPD und Linken gefordert, passt hingegen nicht zum Prinzip der Eigenverantwortung und lässt Finanzierbarkeit wie betriebliche Notwendigkeiten außer Acht. Erfahrungen mit einem gesetzlich verankerten Bildungsurlaub in den Bundesländern zeigen, dass mehr und bessere Weiterbildung auf diese Weise nicht erreicht wird.

Berufs- und Lebens- perspektiven verbessern

■ Die Durchlässigkeit zwischen Beruflicher und hochschulischer Bildung sowie die Anrechnung erbrachter Leistungen verbessern Berufs- und Lebensperspektiven. Darin ist der DIHK mit den Parteien einig. Die IHKs setzen sich dafür ein, dass der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte noch stärker geöffnet und transparenter gestaltet wird. Ebenso wichtig ist, dass Studienabbrecher neue Perspektiven in der Beruflichen Bildung finden. Erfolgreiche Programme nicht zuletzt der IHKs sollten daher ausgebaut und durch die Hochschulen angemessen unterstützt werden.